



GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE

Wie lange soll das noch so weitergehen?

„KEIN Respekt mehr vor der Polizei“ oder „Die Polizei, dein Feind und Opfer“ waren in den letzten Monaten Titel von Zeitungsartikeln und Reportagen im Fernsehen. Bei der Vorstellung der Kriminalstatistik 2013 Anfang dieses Jahres wurde es für alle Theoretiker noch einmal in Zahlen deutlich gemacht, was wir durch das Stimmungsbild unserer Kolleginnen und Kollegen schon längst wissen: Gewalttaten gegenüber unserer Berufsgruppe werden immer mehr, über 800 sind es im letzten Jahr laut Statistik gewesen.

Das Positive der Statistik laut Innenminister Ulrich Mäurer (SPD) ist, dass die niedrigste Kriminalität seit mehr als 25 Jahren erreicht wurde. Wir leisten also professionelle Arbeit, aber der Preis für unseren Erfolg scheint die Zunahme an Gewalttaten uns gegenüber zu sein. Unsere Forderungen nach der Einführung eines Paragraphen 115 StGB, der einen Angriff aus dem Nichts auf Polizistinnen und Polizisten bestraft und die Einführung eines Beiß- und Spuckschutz-

zes, der Polizistinnen und Polizisten vor gesundheitsgefährdenden Attacken schützt, wurden immer noch nicht umgesetzt.

In diesem Zusammenhang hat der innenpolitische Sprecher der SPD Bremen, Sükrü Senkal, am 10. 4. 2014 Bodycams für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte gefordert. Bei Bodycams handelt es sich um kleine Kameras, die auf der Schulter oder an der Uniform getragen werden können. Ziel soll es laut Senkal sein, „... die Sicherheit der Polizeibeamten zu erhöhen.“

Als Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßen wir jeden ernstgemeinten Vorschlag, der darauf abzielt, unsere Kolleginnen und Kollegen zu schützen. Dennoch halten wir fest, wie lange unsere Behördenleitung braucht, um einen wirklichen Schutz schnellstmöglich zu gewährleisten. Der Beiß- und Spuckschutz wird immer noch nicht flächendeckend in Bremen und Bremerhaven eingesetzt. Es wird aber Zeit.

Wir stellen fest, dass jede Zeitung, jeder Fernsehsender bei diesem Thema sofort berichtet. Gewalt gegenüber Polizeibeamtinnen und Polizei-



Jochen Kopelke

beamten ist also fast wöchentlich Thema in unserer Gesellschaft. Die Polizeiführung, die Politiker, die Menschenrechtsorganisationen, alle fühlen sich sofort angesprochen: Doch wer fühlt sich angesprochen, für eine Veränderung zu sorgen?

Wir werden jede Plattform nutzen und mehr als nur Gespräche einfordern. Wir wollen das Engagement aller sehen, die gemeinsam die innere Sicherheit bilden. Lassen Sie uns mit dem, was uns in unserem Dienst begegnet, nicht alleine! Werden Sie tätig und schützen Sie uns mit der neuesten Technik und Ausrüstung, sorgen Sie für mehr Personal. Machen Sie unabhängigen Richtern unser gemeinsames Problem deutlich. Angriffe gegen die Polizei, gegen Menschen, sind in unserem Land nicht hinnehmbar!

Jochen Kopelke

Gewalt gegen Polizeibeamte

Bremen	Fälle 2011	Fälle 2012	Fälle 2013	Veränderung absolut	Veränderung in %
Gewalt gegen Polizeibeamte	299	360	367	+ 7	+ 1,9 %
Beleidigung	217	317	297	- 20	- 6,3 %
Bremerhaven	Fälle 2011	Fälle 2012	Fälle 2013	Veränderung absolut	Veränderung in %
Gewalt gegen Polizeibeamte	80	80	92	+ 12	+ 15,0 %
Beleidigung	44	39	57	+ 18	+ 46,2 %



1000 Polizisten und mehr für ein Spiel?

Die Bundesliga-Saison 2013/2014 ist zu Ende. Vom 9. 8. 2013 bis zum 10. 5. 2014 mussten sich unsere Kolleginnen und Kollegen viele Wochenenden Fußballspielen in Bremen und anderen Städten widmen. In den kommenden Wochen werdet ihr hoffentlich die Chance auf freie Wochenenden haben, sofern nicht andere Einsätze eure Präsenz fordern. Die angehäuften Überstunden werdet ihr hoffentlich in dieser Zeit reduzieren können. Leider fühlt sich niemand angesprochen, uns Geld für diese Überstunden zur Verfügung zu stellen. Wir werden uns weiterhin dafür einset-

zen, euch den nötigen Ausgleich zu ermöglichen. Aber eigentlich nur durch Freizeit lassen sich die kommenden Großeinsätze ausgeruht bewältigen.

Die vergangene Saison hat gezeigt, dass die Polizei Bremen bestimmte Herausforderungen gemeinsam mit dem Senator für Inneres und Sport meistern konnte. Die Fanmärsche wurden fast ganz verbannt, ein Shuttle-Transfer eingeführt. Der Gästebereich wurde mit höheren Zäunen weiter ausgerüstet und spätestens nach dem 100. Nordderby war klar, der Einsatz von über 1000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten war richtig. Nur so ließen sich Auseinandersetzungen verhindern.

Das Ziel der kommenden Bundesliga-Saison muss sein, so wenig Polizeibeamte wie möglich bei einer alle zwei Wochen stattfindenden Großveranstaltung einzusetzen. Dies lässt die gegenwärtige Situation aber bei Weitem nicht zu. Solange nicht alle baulichen Veränderungen abgeschlossen sind, also z. B. der Gästebereich über eigene Busparkplätze verfügt, wird die Fantrennung wei-

terhin der Schwerpunkt polizeilicher Arbeit sein. Fantrennung bedeutet aber für uns, dass wir mal wieder zwischen denen stehen, die sich anschreien, anpöbeln und sogar verletzen wollen. Wir müssen dabei immer gut geschützt sein, hier ist die Erfahrung unserer Führungskräfte und eure Erfahrung gefragt. Wir wollen, dass ihr unverletzt aus diesen Einsätzen kommt. In den kommenden Wochen werden die offiziellen Zahlen und Auswertungen der Polizei in Bezug auf Fußballspiele in Bremen veröffentlicht. Wir fordern jetzt schon alle am Fußball Beteiligten auf, sich mit den Ergebnissen kritisch auseinanderzusetzen und unser Ziel gemeinsam zu verfolgen. Wir werden aktiv in die Diskussion um Großveranstaltungen und polizeiliche Präsenz einsteigen.

In diesem Zusammenhang möchten wir eure Erlebnisse (egal ob positiv oder negativ) der Saison 2013/2014 erfahren. Mailt uns unter info@gdp-hb.de und gebt uns die Chance, diese Erlebnisse für politische Diskussionen zu nutzen.

Der Landesvorstand

TERMIN

Redaktionsschluss für die **Juli-Ausgabe 2014**, Landesjournal Bremen, ist der **6. Juni 2014**.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Bremen

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36 vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X

WAHLEN

Europawahlkampf

Bis zum 25. 5. 2014 fand europaweit der Wahlkampf aller politischen Parteien zur Europawahl statt. Aufmerksam haben wir das Verhalten der einzelnen Parteien in unserem Bundesland verfolgt. In den Vorstellungsrunden der Kandidaten, den Wahlkampfveranstaltungen, den Wahlspots und den unzähligen Plakaten, die in unseren Städten wahrgenommen werden konnten, fiel es sofort auf: Chance war das meistbenutzte Wort in diesem Wahlkampf. Nach der Wahl wird sich zeigen, wie das neue europäische Parlament mit dieser Chance umgeht. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auf etwas hinweisen: Der Europawahlkampf hat gezeigt, mit welchen Themen die Parteien um Stimmen ihrer Wählerinnen und Wähler werben.

Unsere Themen fanden mal wieder keinen Raum. Unsere Themen sind z. B., dass Kolleginnen und Kollegen die europäischen Grenzen schützen und dabei täglich mit dem Leid anderer Menschen und deren Tod konfrontiert werden. Polizistinnen und Polizisten bergen Leichen von Ertrunkenen im Mittelmeer, decken stattfindenden Menschenhandel auf. Wir werden mit dieser Realität vor den Toren unseres Europas konfrontiert.

Für den bevorstehenden Wahlkampf der Bürgerschaftswahl im kommenden Jahr 2015 warnen wir als Gewerkschaft der Polizei davor, unsere Themen unter den Teppich zu kehren und die Sicherheit unserer Stadt zu vernachlässigen. Ein Schwerpunkt des Wahlkampfes muss das Thema der inneren Sicherheit Bre-



KLAGEVERFAHREN

Aktueller Verfahrensstand in den Musterverfahren



Dr. Claudia Albrecht-Sautter

- Anwärter
- Polizeikommissare, die noch keine drei Jahre Dienstbezüge erhalten haben
- Beamte der Besoldungsgruppen A 12 und höher
- Versorgungsempfänger

Im Jahr 2009 hatten die jeweils zuständigen Kammern beim VG Bremen entschieden, die Verfahren auszusetzen bzw. ruhend zu stellen. Hintergrund dieser Entscheidung waren mehrere beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) anhängige Verfahren zum Thema „angemessene Alimentation von Beamten“. Das BVerfG hat in der Folgezeit in einigen Verfahren entschieden. Diese Entscheidungen waren aber deshalb nicht hilfreich, weil man die Vorlagen als unzulässig zurückgewiesen hatte mit der Folge, dass in der Sachfrage selbst keine Entscheidung erfolgte.



Die GdP Bremen führt derzeit folgende Musterverfahren vor dem VG Bremen für ihre Mitglieder:

- **Streichung Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld)**
- **Verwendungszulage**
- **Besoldungs- und Versorgungsanpassung für die Jahre 2011/2012**
- **Besoldungs- und Versorgungsanpassung für die Jahre 2013/2014**

Streichung Sonderzuwendung

Seit dem Jahr 2007 ist beim VG Bremen jeweils ein Verfahren für folgende Gruppen anhängig:

WAHLEN

mens und Bremerhavens werden. Wir werden uns aktiv in den Wahlkampf der Bürgerschaftswahl 2015 einmischen und unsere Themen offen benennen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei uns findet ihr immer Gehör und Unterstützung. Ihr könnt sicher sein, dass wir uns nicht davon abbringen lassen, uns für ein Umdenken in der Politik stark zu machen.

Der Landesvorstand

Erst wenn diese Verfahren vom BVerfG entschieden sind, wird das VG Bremen die anhängigen GdP-Musterverfahren zur Sonderzuwendung wieder aufgreifen.

Verwendungszulage

Im Juli 2012 wurde Klage erhoben, drei Monate später hat das VG Bremen entschieden, auch dieses Verfahren im Hinblick auf ein beim Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) unter dem Az. 2B 80.12 (2 C 16.13) anhängiges Revisionsverfahren ruhend zu stellen. Auch hier wird das VG Bremen das Verfahren erst weiterführen, wenn das BVerwG entschieden hat.

Besoldungs- und Versorgungsanpassung für die Jahre 2011/2012

Im Dezember 2011 haben wir exemplarisch je eine Klage für die Besoldungsgruppen A 9 und A 12 erhoben. Das VG Bremen hat uns auf Nachfrage mitgeteilt, dass der Rechtsstreit frühestens 2014 zum Abschluss gebracht werden kann.

Besoldungs- und Versorgungsanpassung für die Jahre 2013/2014

Im jüngsten Verfahren wurden im März 2014 gemeinsam mit ver.di und GEW insgesamt sieben Klagen erhoben. Eine Erwiderung der Gegenseite liegt noch nicht vor.

Einfluss auf die Dauer der Bearbeitung durch die Gerichte haben wir nicht. Wir bleiben aber weiter an den Verfahren dran, fragen nach und informieren, wenn es Neuigkeiten gibt!

**RAin Dr. Claudia Albrecht-Sautter,
Gewerkschaftssekretärin**

Derzeit sind noch die Vorlagen des OVG Nordrhein-Westfalen, 17/09 bis 20/09, sowie des VG Halle, 3/12 bis 6/12, zum Thema „Verfassungsmäßigkeit der Richter- und Beamtenbesoldung“ beim BVerfG anhängig. Erstere sollten eigentlich schon 2012 vom 2. Senat entschieden werden, sind es aber noch immer nicht. Die Gründe hierfür sind uns nicht bekannt. Wer diese Verfahren beobachten möchte, kann dies über die Homepage des BVerfG tun:

www.bundesverfassungsgericht.de

Unter der Rubrik „Organisation“ finden sich die 2014 zu erledigenden Verfahren des Zweiten Senats.



Älter werden in Bremerhaven

Am 8. April 2014 referierten drei Angestellte des Sozialamtes Bremerhaven im Rahmen unserer monatlichen Sitzung zu den Themen: „Älter werden in Bremerhaven“ und „Welche Vollmachten brauche ich im Alter“.

Anhand eines Fallbeispiels wurde aufgezeichnet, welche Möglichkeiten das Sozialamt, hier die Pflegestützpunkte, anbieten, um älteren Menschen Hilfe anzubieten bei Pflegebedürftigkeit des Partners/-in. Es ging nicht um beihilferechtliche Aspekte, sondern um Vollmachten und Behördengänge, die von Mitarbeiterin der Pflegestützpunkte koordiniert und begleitet werden können.

Dieser äußerst interessante Vortrag fand reges Interesse bei den zahlreichen Anwesenden, viele Fragen zu diesem Themenkomplex dokumen-

tierten das. Zusätzlich wurden Notfallmappen verteilt, in denen komprimiert alles Wesentliche für den sogenannten „Notfall“ aufgeführt ist. Leider waren diese und andere Unterlagen nicht in ausreichender Anzahl für alle Kollegen vorhanden. Die Mitarbeiter des Sozialamtes versprachen aber Nachschub, sodass alle Kollegen der GdP demnächst über solch eine wichtige Notfallmappe verfügen können.

Hier zeigte sich wieder mal bei dieser Veranstaltung, wie wichtig eine Mitgliedschaft auch als Pensionär/-in in der GdP ist, denn vieles war Neuland für uns. Weitere Info-Veranstaltungen zu anderen, ebenso wichtigen Themen sind in der Planung.

Wolfgang Stanger

90. GEBURTSTAG



90. Geburtstag von Heinz Meyer, viele, viele Jahre treues Mitglied der GdP. Dem rüstigen früheren Kollegen der Schutzpolizei gratulierten in seinem Haus in Bremen-Nord der Vorsitzende des GdP-Landesbezirks Bremen, Jochen Kopelke, und der Vorsitzende der Fachgruppe Senioren, Wolfgang Karzenburg. Beide konnten über die guten Erinnerungen an seine Dienstzeit und über die gute Gesundheit staunen. Lieber Heinz, mach weiter so! (V. l. n. r.: Wolfgang Karzenburg, Heinz Meyer, Jochen Kopelke).

WoKa

Einladung

**Mitgliederversammlung
der Fachgruppe
Bereitschaftspolizei**

**am Mittwoch, 11. 6. 2014,
13.00 Uhr in der Aula**

SENIOREN

Monatstreffen Juni

Bremerhaven

**Dienstag, 10. Juni 2014, 16.00
Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am
Holzhafen 8**

**Referat zum Thema Beihilfe im
Pflegefall**

Auf unserer Sitzung wird **Frau Schumm** von **Performa Nord** ein Referat halten über gravierende **Änderungen** in der **Bremischen Beihilfeverordnung**, hier speziell über den § 4 a. Da die Beihilferichtlinien im Zweistädtestaat Bremen identisch sind, gelten diese Änderungen natürlich auch für die Bremerhavener Kollegen. Es wird um zahlreiches Erscheinen gebeten, da Frau Schumm sich extra außerhalb ihrer regulären Dienstzeit bereit erklärt hat, zu dieser für uns wichtigen Thematik nach Bremerhaven zu kommen.

Dieses Angebot gilt natürlich auch für die aktiven GdP-Kollegen/-innen.

Wolfgang Stanger

Bremen

**Donnerstag, 12. Juni 2014,
15.30 Uhr, Grollander Krug**

**Referent: Mitarbeiter vom Amt
für Soziale Dienste zum Thema
Aufgaben eines Betreuers**

Zu den Treffen in Bremerhaven und Bremen sind auch alle Kolleginnen und Kollegen herzlich willkommen, die sich noch nicht zu den Senioren zählen, aber Interesse am Thema haben.

Wolfgang Karzenburg



Immer wieder Probleme mit der Schichtzulage

Immer wieder haben Kolleginnen und Kollegen Probleme, die Schichtzulage zu bekommen oder wieder zu bekommen. Für sie sind die Gründe für die Zahlung einer bestimmten Zulage oder die Nichtzahlung nur schwer nachvollziehbar. Insbesondere die Prüffristen zur Erlangung der Zulage sorgen hier für Unverständnis.

Festzustellen ist, dass (Wechsel-)Schichtzulage unter bestimmten Voraussetzungen für tatsächlich geleisteten Dienst unter den beschriebenen erschwerten Bedingungen gezahlt wird. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Dienststelle oder Organisationseinheit ist nicht ausreichend. Selbst Vergleiche mit Kolleginnen oder Kollegen derselben Organisationseinheit sind oftmals kaum möglich, da schon geringfügige Unterschiede in der Dienstzeit zu einem anderen Ergebnis führen können. Hier kann zurzeit tatsächlich nur eine individuelle Einzelfallprüfung Zweifel beseitigen oder mögliche Fehler aufdecken.

Wir haben aber Zweifel, ob die zurzeit in Revier S hinterlegten Prüfungsbedingungen noch der neueren höchstgerichtlichen Rechtsprechung und den aktuellen Verwaltungsanweisungen entsprechen.

Das heißt aus unserer Sicht:

- Anspruch auf Schichtzulage besteht mit Beginn der Tätigkeit in einem Dienst, der dem (Wechsel-)Schichtdienst zugeordnet ist. Wurde ausgehend vom jeweiligen Monatsende bisher keine zehn Wochen im Wechselschichtdienst Dienst versehen, sind die bisher tatsächlich geleisteten Nachtschichtstunden für die Ermittlung des Zulagenanspruchs auf einen Zeitraum von zehn Wochen hochzurechnen. Damit entfielen die 10- bzw. 14-wöchige Prüfungsfrist bis zur Erlangung der Schichtzulage.
- In § 19 EZuV genannte Gründe unterbrechen weder den Anspruch auf Zahlung der Schichtzulage noch den 10- bzw. 14-Wochen-Berechnungszeitraum für die Nachtdienststunden. Nachtschichten, die der Beamte wegen Erholungsurlaubs,

Krankheit oder Fortbildung nicht absolviert hat, sind bei der Berechnung des Nachtschichtpensums wie Dienstzeiten zu berücksichtigen. Auch ist es unschädlich, wenn in der Früh- oder Spätschicht aus denselben Gründen keine Arbeitsleistung erbracht werden konnte.

- Eine gleichmäßige Verteilung der Schichten – also mindestens je 80 Nacht-, Spät- und Frühdienststunden – ist für den Anspruch auf Schichtzulage nicht erforderlich; jeweils eine einzige andere Schicht neben den erforderlichen Nachtdienststunden ist zur Erfüllung der Voraussetzungen ausreichend.
- Für Teilzeitbeschäftigte sind die Nachtdienststunden entsprechend ihres Beschäftigungsumfangs zu reduzieren.
- Grundsätzlicher Anspruch auf Schichtzulage nach § 20 Abs. 2 Buchst. b) für Angehörige von Organisationseinheiten, in denen Wechselschichtdienst verrichtet wird.

Dies möchten wir grundsätzlich geklärt wissen und die frühere Zahlung der Zulage plus eine bessere Nachvollziehbarkeit für die Kolleginnen und Kollegen erreichen.

Hierüber fand am 3. 4. 2014 beim Polizeivizepräsidenten Herrn Fasse ein Gespräch mit Jan-Oliver Hälke von der Direktion FP statt, bei dem keine Einigung erzielt werden konnte. Als Ergebnis führt aber die Direktion FP nunmehr in der Sache eine Klärung mit der Dienststelle der Senatorin für Finanzen herbei. Wir sind gespannt auf das Ergebnis.

Noch besser wäre sicher eine Neufassung und Vereinfachung der Erschwerniszulagen. Einen möglichen Weg hat hier der Bund im vergangenen Jahr für die Schichtzulagen gewiesen und dafür zusätzliches Geld in die Hand genommen.

**Michael Hellberg,
stellv. Vorsitzender**

RECHT

Auswirkung der neuen Mütterrente auf den „alten“ Versorgungsausgleich

Die von der Bundesregierung geplante „Mütterrente“ wird kommen. Für Kinder, die vor dem 1. Januar 1992 geboren wurden, sollen jene Mütter einen Zuschlag von einem Entgeltspunkt pro Kind aus der Rentenkasse erhalten. Zurzeit hat ein Entgeltspunkt einen Wert von 28,14 €. Entgeltspunkte gibt es in der Deutschen Rentenversicherung seit dem 1. Januar 1992. Auch der geschiedene Beamte profitiert möglicherweise. Wird die Versorgung für einen in die Ehezeit fallenden Zeitraum nachträglich durch die Mütterrente erhöht, verändert das nachträglich auch den Ausgleichswert im Versorgungsausgleich. Für eine Abänderung der alten gerichtlichen Entscheidung sind allerdings „Schwellenwerte“ zu berücksichtigen und zu überschreiten. Eine zunächst außer-

gerichtliche Überprüfung alter Scheidungsurteile/-beschlüsse dürfte sich lohnen, insbesondere bei zwei oder mehr Kindern während der Ehezeit.

In der Regel ist für aktive Beamte keine Eile geboten, denn eine alte Entscheidung zum Versorgungsausgleich kann gerichtlich frühestens sechs Monate vor dem eigenen Eintritt in den Ruhestand oder bei Rentenbezug des geschiedenen Ehegatten abgeändert werden. Ruhestandsbeamte mit zwei oder mehr Kindern sollten sich allerdings zur Verabschiedung des Gesetzes – geplant zum 1. Juli 2014 – sofort kümmern und eine Kontrolle des bei der Scheidung erfolgten Versorgungsausgleichs vornehmen lassen.

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

Aber Vorsicht: Gerade bei Beamten sind einige „Fallstricke und Stell-schrauben“ zwingend zu beachten!

Eine Nachkorrektur des Versorgungsausgleichs ist ferner regelmäßig für jene Beamte/-innen erforderlich, die vor 2003/2004 geschieden wurden. Die Herabsetzung der Versorgungshöchstbezüge, der Wegfall

von Zulagen und Sonderzuwendungen sowie ggf. Verlängerungen der Lebensarbeitszeit haben vielfach dazu geführt, dass der alte Versorgungsausgleich zu hoch ist und abgeändert werden kann.

Wie schon in der Vergangenheit kann Info-Material zur neuen Rechtslage beim Versorgungsausgleich von GdP-Mitgliedern, Kreis- und Seniorengruppen beim Verfasser kostenlos

angefordert werden, möglichst per E-Mail. Nahezu 600 Mitglieder der GdP haben bundesweit bereits über den Verfasser erfolgreiche Abänderungsverfahren zum Versorgungsausgleich durchgeführt.

Bernd Stege,
Rechtsanwalt in Bremen,
rastege@bremen.de

JUNGE GRUPPE

(Polizeilicher) Tanz in den Mai

Starke Partner im Nordverbund: Niedersachsen und Bremen unterstützen Hamburger und Schleswig-Holsteiner Einsatzkräfte.

Man könnte es schon Tradition nennen, so traurig es auch ist: Rund um den 1. Mai kommt es in vielen deutschen Großstädten zu schweren Ausschreitungen und Krawallen. Neben diesen Auseinandersetzungen hat die Polizei in der gesamten Bundesrepublik große, zumeist friedliche Versammlungen und Veranstaltungen zu betreuen. So kommt es jedes Jahr zu immensen Polizeiaufgeboten und zu langen Dienstzeiten für

die eingesetzten Einsatzkräfte. Und wie immer lassen wir keinen im Stich.

Acht junge Kolleginnen und Kollegen haben sich gemeinsam aus Niedersachsen und Bremen aufgemacht, die Hamburger bei ihrer Einsatzbetreuung zu unterstützen. Die niedersächsischen Polizeikräfte wurden nicht, wie zunächst vermutet, nach Hamburg entsandt und auch Kräfte aus Bremen wurden nur andernorts eingesetzt, sodass vor Ort leider keine

landeseigenen Kräfte unterstützt werden konnten.

Im Einsatzraum wurden an verschiedenen Stellen Heißgetränke und Würstchen ausgeteilt. Später verlegten die Betreuungsteams vor die Davidwache, um dort die Einsatzkräfte weiter zu betreuen.

Im Übrigen stehen in Hamburg die Personalratswahlen an. Wir wünschen unseren GdP-Kollegen/-innen aus Hamburg viel Erfolg! **Ramin Kalali**



Mitglieder der Jungen Gruppe betreuen Einsatzkräfte in Hamburg am 1. Mai.

1. MAI

Zentrale Kundgebung in Bremen

Dieses Jahr fand mit fast 7000 Teilnehmern die zentrale Kundgebung unseres Dachverbandes, des DGB, in Bremen statt. Als Gast war der DGB-Vorsitzende Michael Sommer nach Bremen gekommen.

Hier begann sein gewerkschaftliches Engagement und hier wollte er sich verabschieden, da er auf dem kommenden Bundeskongress des

DGB nicht mehr kandidieren wird. In seiner Rede legte er den Schwerpunkt auf den Mindestlohn: „**Keine Stunde Arbeit darf billiger sein als 8,50 Euro**“, so Sommer auf dem Bremer Domshof.

Auch in Bremerhaven fand eine Kundgebung statt. An beiden Städten waren wir als GdP Teilnehmer der traditionellen Kundgebung.

Unsere Kolleginnen und Kollegen sind aber ebenfalls „traditionell“ am 1. Mai im Einsatz. Der 1. Mai ist für

uns unser gewerkschaftlicher Tag, für Krawalltouristen und gelangweilte Menschen ist es ein Tag, an dem sie überwiegend die Konfrontation mit der Polizei suchen. In Berlin und Hamburg reisen Menschen aus ganz Europa an, um der staatlichen Exekutive mit Gewalt und Hass zu begegnen. Diese Gewalt überschattet unseren Tag, und wir sind froh, dass unsere eingesetzten Kolleginnen und Kollegen unverletzt blieben.

Der Landesvorstand

KREISGRUPPE BREMERHAVEN

Viel hilft viel

In Zeiten, in denen die Kräfte schwinden, spielt es eine immer größere Rolle, mit ihnen zu haushalten. Das ist der Grund, weshalb wir seit vielen Jahren so verkrampft bemüht sind, betriebswirtschaftliche Instrumente bei der Polizei einzuführen. Dieser Prozess wird von Wortschöpfungen begleitet, die – seien wir ehrlich – uns inzwischen mächtig auf die Nerven gehen. Controlling, Produktbeschreibung, Prozesssteuerung, Warenkorb, Ressourcenverantwortung, Input, Output, Outcome und neuerdings „Wirkungsanalyse“.

Wer etwas über betriebswirtschaftliche Wirkungsanalyse in Bezug auf Kriminalität erfahren möchte, dem sei das Buch **Freakonomics** von Steven d. Levitt und Stephen Dubner wärmstens empfohlen. Harvard-Absolvent Levitt gilt als Wunderkind der Wirtschaftswissenschaften. Er ist auf die betriebs- und volkswirtschaftliche Analyse komplexer und umfangreicher Datenmengen, die – wie wir inzwischen alle wissen – in den Vereinigten Staaten in Bezug auf nahezu jeden Lebensachverhalt gesammelt werden, spezialisiert. Koautor Dubner ist Journalist und als freier Autor u. a. für die New York Times tätig.

In ihrem Buch stellen sie unter anderem auch die Frage: „Wo sind all die Kriminellen geblieben?“

Hintergrund ist der bemerkenswerte Umstand, dass die Kriminalität in den Vereinigten Staaten von Mitte der 60er- bis Ende der 80er-Jahre zunächst um dramatische 80% gestiegen war, um dann von 1991 bis zum Jahr 2001 auf den Stand von 1960 zu sinken.

Der enorme Rückgang der Kriminalität überforderte alle Kriminologen, die vom weiteren kontinuierlichen Anstieg so überzeugt waren, dass sie sich zunächst weigerten, die Umkehr im Trend überhaupt wahrzunehmen.

Dubner und Levitt haben zu diesem Thema die zehn am weitesten verbreiteten Zeitungen in den USA im Zeitraum von 1991 bis 2001 ausgewertet.

Die häufigsten Erklärungen für den Rückgang waren:

- **Innovative Polizeistrategien (52x erwähnt)**
- **Erhöhte Abschreckungswirkung der Gefängnisse (47x erwähnt)**
- **Veränderungen am Markt für Crack und andere Drogen (33x erwähnt)**
- **Alterung der Bevölkerung (32 x erwähnt)**
- **Strengere Gesetze zur Waffenkontrolle (32 x erwähnt)**
- **Ökonomischer Aufschwung (28x erwähnt)**
- **Personelle Verstärkung der Polizei (26x erwähnt) sowie**
- **alle anderen Erklärungen wie verstärkte Anwendung der Todesstrafe, Gesetz über nicht angemeldete Waffen, Waffenrückkäufe und andere (34x erwähnt)**

Die Autoren haben das ihnen zur Verfügung stehende umfangreiche Datenmaterial ausgewertet und sind zu einem überraschenden Ergebnis gekommen.

„Von den sieben am häufigsten genannten Erklärungen haben nur drei nachweislich zur Senkung der Kriminalität beigetragen. Die anderen beruhen überwiegend auf Einbildung, Eigeninteresse oder Wunschdenken.“ (Freakonomics 1. Auflage 2005, Seite 166)

Uns interessiert natürlich die Behauptung, die personelle Verstärkung der Polizei habe zur Senkung der Kriminalität beigetragen. Der Schluss lag nahe, denn die beiden Autoren stellten fest, dass die Zahl der Polizeibeamten während der 90er-Jahre pro Kopf der Bevölkerung um 14% stieg. Um eine Kausalität nachzuweisen, suchten beide nach einem Szenario, bei dem mehr Polizisten eingestellt wurden, ohne dass eine steigende Kriminalitätsrate dafür den Anlass gegeben hätte.

„Wenn beispielsweise die zusätzlich eingestellten Polizisten nach dem Zufallsprinzip auf einige (vergleichbare) Städte verteilt würden, während andere keine Verstärkung erhalten, dann könnte man prüfen, ob die Kriminalität in den Städten sinkt, die jetzt über ein stärkeres Polizeiaufgebot verfügen.“ (Freakonomics 1. Auflage 2005, Seite 173)

Fortsetzung auf Seite 8



Fortsetzung von Seite 7

Und Achtung! Jetzt kommt der große Moment für die kommunale Polizei. Wie die Älteren von uns wissen, resultiert der bis in alle Ewigkeit bestehende kommunale Status der Ortspolizeibehörde aus Zeiten der amerikanischen Besatzung. Bei den Amerikanern gab und gibt es noch das „Sheriff-Prinzip“. Die Polizei ist Sache des Bürgermeisters und daher fanden Dubner und Levitt tatsächlich Städte, in denen sich Politiker bei den Bürgermeisterwahlen die Stimmen der Wähler sicherten, indem sie die Polizei verstärkten, selbst wenn die Kriminalitätslage stagnierte. Dubner und Levitt analysierten, wie sich die Verstärkung der Polizei auf die Kriminalität in diesen Städten und in vergleichbaren Städten ohne zusätzliche Polizisten auswirkten.

Ihre Antwort: Mehr Polizei führt zu einer deutlichen Verringerung der Kriminalität!

Und noch eine Passage des Buches soll hier nicht unterschlagen werden:

„Von 1960 bis 1985 sank die Zahl der Polizisten in Relation zur Zahl der Straftaten um mehr als 50%. In einigen Fällen hielt man die Verstärkung der Polizeikräfte für eine Verletzung der liberalen Ästhetik der Ära, in anderen galt sie schlicht als zu teuer. (...) In Verbindung mit der schon erwähnten Nachsicht der Gerichte

(...) entstand daraus ein starker positiver Anreiz für Straftäter.“ (Freakonomics“ 1. Auflage 2005, Seite 174)

Klingt irgendwie politisch unkorrekt, oder?

Dubner und Levitt wiesen aber anhand des umfangreichen Zahlenmaterials nach, dass eine nachsichtige Justiz, d. h. eine abnehmende Zahl an Verurteilungen und kürzere Gefängnisstrafen wesentlich dazu beitrugen, dass die Kriminalität von Mitte der 60er-Jahre bis etwa 1990 ganz erheblich zunahm. Der politische Druck stieg, vor allem mit Blick auf den beunruhigenden Anstieg der Drogenkriminalität. Die Justiz reagierte mit härteren Urteilen. Zwischen 1980 und 2000 stieg die Zahl der einsitzenden Drogenkriminellen um das Fünfzehn-

fache. Für die Autoren steht fest, dass das der zweite Faktor war, der nachweislich dazu beitrug, dass die Kriminalitätsraten sanken.

Es wäre schön, wenn „innovative Polizeistrategien“ der dritte Faktor gewesen wäre. Schließlich wurde er am häufigsten als Matchpoint in der Presse erwähnt. Vor allem gab es einen wahren Helden der „innovativen Polizeistrategien“. Der New Yorker Polizeichef William Bratton wurde zum Superstar der Polizei. Bratton wurde vor allem durch die „Broken-Windows-Theorie“ bekannt, die allerdings nicht, wie vielfach vermutet, von ihm stammte.

Unter dem Schlagwort „Broken Windows“ haben die US-amerikanischen Sozialforscher James Q. Wilson und George L. Kelling im Jahre 1982 das eingängige Bild der zerbrochenen Fensterscheibe geprägt, die sofort repariert werden müsse, um weitere Zerstörung und in der Folge den Niedergang von Stadtvierteln und schwere Kriminalität zu verhindern. In einer Art ursächlicher Abfolge seien Unordnung und Kriminalität innerhalb einer Community unentwärtbar miteinander verknüpft. (Quelle Wikipedia).

Bratton verlangte nach seinem Amtsantritt 1993, dass auch bei niederschwelligem Unrecht keine Toleranz geübt würde – „Zero Tolerance“ war die Devise. Innovativ war Brattons Strategie schon. Aber war sie auch erfolgreich? Das sollte man meinen, denn New York war unter den großen amerikanischen Städten diejenige, in der die Kriminalität am meisten sank. Die Mordrate, berichten Dubner und Levitt, fiel im Verlaufe von zehn Jahren von 30,7 pro 100 000 Einwohner um 74,6% auf für uns immer noch erschreckende 8,4 im Jahre 2000. Dubner und Levitt stellten aber auch fest, dass die Kriminalitätsrate in New York bereits um 20% gesunken war, als Bratton Polizeichef wurde. Der charismatische Bratton blieb nur 27 Monate im Amt. Danach sank die Kriminalität weiter. Der Grund ist für Dubner und Levitt offensichtlich. Bratton musste gehen, aber die 8000 zusätzlichen Polizisten, die während Brattons Amtszeit eingestellt

wurden, blieben. Zwischen 1991 und 2001 stiegen die Personalzahlen im New Yorker Police-Department um 45%.

„Es wäre ungerecht, zu bestreiten, dass geschickte Polizeiarbeit eine gute Sache ist. Bill Bratton verdient sicherlich Anerkennung für die Stärkung der New Yorker Polizeikräfte. Aber es gibt beängstigend wenig Beweise dafür, dass seine Strategie das Allheilmittel gegen die Kriminalität war, so wie er und die Medien damals meinten!“ (Freakonomics 1. Auflage 2005, Seite 178)

Und viele führende Polizeibeamte überall auf der Welt muss man hinzufügen.

Der dritte Faktor waren laut Dubner und Levitt die Veränderungen am Markt für Crack und andere Drogen. Der Preis verfiel und damit lohnte sich Kriminalität im Zusammenhang mit Drogenhandel nicht mehr.

Tja, so ist das! Da gibt man Unmengen an Haushaltsmitteln für kriminologische Untersuchungen der Kriminologischen Institute von Feltes und Pfeiffer aus und ein Taschenbuch für 9,95 Euro hätte es auch getan.

Nein, natürlich nicht. Es handelt sich bei „Freakonomics“ nicht um ein kriminologisches Fachbuch. Die beiden Autoren haben sich auf sehr unterhaltsame Weise auch noch mit anderen „Alltagsphänomenen“ auseinandergesetzt. Welche Faktoren wirken sich auf die Bildungschancen von Kindern aus? Welche Bedeutung haben Namen bei der Entwicklung von Kindern? Oder, besonders schön: Was haben Sumo-Ringer mit Lehrern gemein?

Der Umstand, dass es sich um ein populärwissenschaftliches Buch handelt, bedeutet aber nicht, dass die darin veröffentlichten Ergebnisse falsch oder unseriös sind.

Dubner und Levitts Aussagen lauten: Wir haben keinen Nachweis dafür gefunden, dass der demografische Wandel oder der wirtschaftliche Aufschwung oder dass innovative Polizeistrategien einen Einfluss auf die Entwicklung der Kriminalität in den Vereinigten Staaten gehabt hätten. Aber wir können nachweisen, dass Kriminalitätsraten sinken, wenn mehr Polizisten eingestellt werden, wenn Gerichte strenger urteilen und wenn Straftaten sich nicht mehr lohnen.

Wer würde bestreiten, dass da was dran ist.

Jörg Eilers

